

## **Trotz Gesundheitsgefährdung – Bundesrat will Einwegplastik nicht regulieren**

OceanCare Medienmitteilung  
Wädenswil, 1. März 2023

**Streitpunkt Plastikverschmutzung in der Schweiz. Vier eidg. ParlamentarierInnen sind Mitte Dezember 2022 mit sechs Interpellationen und kritischen Fragen zu unterschiedlichen Aspekten des Plastikproblems an den Bundesrat gelangt. Im Zentrum der Anfragen stehen die Gesundheitsgefährdung, das Littering, die Überwachung des Kunststoffverbrauchs und -abfalls und der Klimaschutz. Nun liegen die Antworten des Bundesrates vor: dabei widerspricht er sich selbst und bremst dringend notwendige Veränderungen aus.**

- **Bundesrat anerkennt: Plastik gefährdet die Umwelt und die Gesundheit**
- **Kein Monitoring geplant trotz Aufsichtspflicht und Umweltverschmutzung**
- **Schweiz wird Vorreiterrolle nicht gerecht: schleppende Massnahmen in der Schweiz hinken dem internationalen Engagement des Landes hinterher**
- **Parlament drängt erneut auf Anwendung der Gesetze, Bundesrat blockiert**

**Mit 127 Kilo pro Kopf jährlich gehört die Schweiz weltweit zu Spitzenreitern im Plastik-Verbrauch. Jedes Jahr gelangen 14'000 Tonnen Makro- und Mikroplastik in die Schweizer Umwelt. Littering kostet das Land jährlich rund 200 Millionen Franken. Der vermeintliche Recycling-Weltmeister Schweiz verbrennt 85 - 90 % seiner Plastikabfälle. Die Schweizer Bevölkerung wünscht sich klar Interventionen, wie eine Umfrage vom Sommer letzten Jahres zeigte.**

### **Parlament drängt – Bundesrat blockiert.**

Mitte Dezember hatten Nationalräte und Nationalrätinnen verschiedener Parteien, darunter Ursula Schneider Schüttel (SP) Niklaus-Samuel Gugger (Die Mitte, EVP), Beat Flach (Grünliberale) und Manuela Weichelt (Grüne) sechs Interpellationen eingereicht, um Auskunft zu den Massnahmen gegen Plastikverschmutzung zu erhalten und den Bundesrat aufzufordern, bei diversen Unklarheiten Stellung zu beziehen. Der Bundesrat wird damit aufgefordert, zu diversen Unklarheiten Stellung zu beziehen. Kurz vor Beginn der am Montag, 27. Februar beginnenden Frühlingssession hat der Bundesrat geantwortet.

### **Mikroplastik ist gesundheitsgefährdend, Plastik schadet der Umwelt und dem Klima.**

In seiner Antwort anerkennt der Bundesrat, dass gewisse Zusatzstoffe in Kunststoffprodukten gesundheitsgefährdend sind. Im Fokus stehen insbesondere Mikroplastik und die Stoffklasse der Phthalate (Weichmacher). Auch steht für den Bundesrat ausser Frage, dass der „hohe Kunststoffverbrauch zur Verschmutzung der Umwelt, dem Verlust der Biodiversität und zum Klimawandel“ beiträgt. In der Schweiz seien heute zahlreiche Massnahmen auf verschiedenen Ebenen beschlossen und umgesetzt worden, um die sichere Verwendung von Kunststoffen zu gewährleisten und

die Belastung der Umwelt zu reduzieren, sagt der Bundesrat in seiner Antwort. Schon zuvor kam der Bundesrat in seinem Bericht „Kunststoffe in der Umwelt“ (September 2022) zum Schluss: die bisher ergriffenen Massnahmen genügen nicht, „um die Kunststoffeinträge in die Umwelt so weit zu reduzieren, dass Menschen, Tiere und Pflanzen vor schädlichen oder lästigen Einwirkungen dauerhaft geschützt sind“.

Der Bundesrat hält deshalb auch fest, dass im Hinblick auf den Klimaschutz sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene weiterhin Verbesserungspotential besteht. Konkret nennt er folgendes Verbesserungspotential: „Förderung der Abfallvermeidung (z.B. Reduktion von Einwegprodukten aus Kunststoff) und des hochwertigen Recyclings sowie Entwicklung von kreislauffähigen Materialien (z.B. besseres Ökodesign von Kunststoffprodukten) und umweltschonenden Alternativen. Littering und Kunststoffe in Grüngutabfällen können ebenfalls angegangen und vermieden werden.“

### **Kontrolle unerwünscht.**

Eine Handlungsanweisung leitet der Bundesrat daraus jedoch nicht ab. Vielmehr wolle man die Wirtschaft auch künftig keinesfalls regulieren. Ein Verbot sei „ein zu starker Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit“ heisst es. So setzt der Rat weiter auf die Freiwilligkeit der Branchen, um Plastikentsorgung zu kontrollieren. Mehr noch: Der Bundesrat spricht sich auch gegen ein Monitoring, das die Branchen überwachen würde und in die Pflicht nehmen würde, ausdrücklich aus.. Man vertraue auf die Selbstkontrolle der Wirtschaft und wolle keine Daten erheben, da dies zu aufwändig sei und die Kosten zu hoch. Dem gegenüber steht die Aussage des Bundesrates dass „...der Bund vor dem Erlass von Ausführungsvorschriften gemäss Artikel 41a Absatz 3 USG eigenverantwortliche Massnahmen der Wirtschaft zu prüfen“ hat.

*„Das Problem zu benennen, aber trotzdem nicht zu handeln, ist eigentlich absurd und fahrlässig. Der Bundesrat sagt mit seinen Antworten klar: Diejenigen, die zu kontrollieren wären, sollen sich selbst beaufsichtigen. Dies ist ein politischer Freibrief für die Branche, um nach Belieben schalten und walten zu können,“* so Fabienne McLellan, Geschäftsführerin von OceanCare und ergänzt „dass die Freiwilligkeit in diesem Bereich nicht funktioniert, zeigt der Ist-Zustand, denn sonst hätten wir die Probleme nicht, die der Bundesrat selbst bestätigt“.

Erneut blockiert der Bundesrat damit die Eingaben der ParlamentarierInnen, wie bereits bei mehr als 70 früheren Vorstössen. Seit vielen Jahren bringen ParlamentarierInnen ihre Forderung nach Schritten gegen die Plastikvermüllung erfolglos vor. Schlimmer noch: Der Bundesrat ignoriert mit dieser Maxime auch den Wunsch der Bevölkerung, bestehende Gesetze anzuwenden und nimmt eine Gesundheitsgefährdung in Kauf.

### **Engagement nur auf internationaler Bühne.**

Der Bundesrat verweist auf die internationale Vorreiterrolle der Schweiz, denn sie „setzt sich für die Schaffung eines international rechtsverbindlichen Abkommens zur Eindämmung der Umweltbelastung durch Kunststoffe ein“. Während die Schweiz international als Teil der High Ambition Coalition in der Tat treibende Kraft ist, damit die „bis 2030 keine Kunststoffe mehr in die Umwelt gelangen“, vermisst OceanCare auf nationaler Ebene verbindliche regulative Massnahmen. Faktisch verschiebt der Bundesrat Handlungen im eigenen Land auf später: „Auf internationaler Ebene soll die angestrebte Plastikkonvention dazu beitragen, dass die Umweltbelastung durch Kunststoffe reduziert wird und die Schweiz Massnahmen im Einklang mit der internationalen Gemeinschaft ergreifen kann“, heisst es. So weist der Bundesrat die Schweiz an, nicht mit eigenen Vorhaben innerhalb Europas vorzupreschen. Dabei haben andere europäische Staaten längst weitreichende Massnahmen ergriffen, um in ihren Ländern Plastik einzudämmen. Dazu gehören insbesondere auch Verbote für gewisse Stoffe und Produkte, auf welche problemlos verzichtet werden kann.

*„Die Antworten des Bundesrats sind widersprüchlich und zeigen eine gewisse Hilflosigkeit. Obwohl der Bundesrat Plastik als gesundheitsgefährdend anerkennt, möchte er Produktion und Entsorgung nicht regulieren. Faktisch lässt man also die Verursacher eines gesundheitsgefährdenden Stoffes und die, die für seine Entsorgung verantwortlich sind, sich selbst kontrollieren. Die Politik hat jedoch einen anderen Auftrag: Sie soll handeln.“*

Bei Fragen oder Interviewwünschen rufen Sie mich gern an: Ilka Franzmann, +49 – 170 - 280 51 81

Herzliche Grüße

Ilka Franzmann

Ilka Franzmann  
communication manager OceanCare  
Telefon: +49 – 170 - 280 51 81  
E-Mail: ifranzmann@oceancare.org

OceanCare setzt sich seit 1989 passioniert und mit wissenschaftlicher Expertise für lebendige Ozeane ein. Die NGO mit Sitz in der Schweiz ist UNO-Sonderberaterin und trägt international zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 bei. Meeresverschmutzung und Klimakrise, Artensterben und Bejagung, der Schutz der Meereslebewesen und nachhaltige Fischerei sind unsere Themen. Wir bringen bahnbrechende Reformen in die Welt, von funktionierenden Meeresschutzgebieten über ein starkes UNO Hochseeabkommen bis zu einem globalen Vertrag zur Plastikvermeidung und dem Ziel, die Öl- und Gassuche im Meer zu unterbinden. Wir bewirken Entscheidendes. OceanCare. Für lebendige Meere. Mehr unter [www.oceancare.org](http://www.oceancare.org)

## **Anlagen**

Interpellationen und Antworten des Bundesrats

22.7471: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224471>

22.4472: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224472>

22-4543: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224543>

22.4570: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224570>

22.4574: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224574>

22.4575: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224575>

Reaktionen der Politiker auf die Antworten des Bundesrats schicken wir Ihnen gern zu.

## **Hintergrund**

### **Forderungen von OceanCare**

OceanCare will erreichen, dass der Bundesrat das Plastikproblem auch national konsequent angeht. Dass die Bevölkerung das Plastikproblem ernstnimmt, zeigt eine repräsentative Umfrage von gfs.bern (August 2022): fast drei Viertel der befragten Personen sind der Ansicht, dass die Schweiz ein Plastikproblem hat und eine Mehrheit wünscht rechtlich bindende Massnahmen. Mit der Lancierung des Fakten-Berichts «Plastic Matters» verschafft OceanCare den politischen Rückenwind und lanciert im Januar 2022 eine Online-Petition, die es der Bevölkerung erlaubt, den Bundesrat zum Handeln aufzufordern.

OceanCare fordert den Bundesrat daher auf, geltende Schweizer Gesetze konsequent zur Regulierung von Kunststoffen auszuschöpfen und folgende Massnahmen umgehend umzusetzen:

- Das Umweltschutzgesetz, Art. 30a muss konsequent angewendet werden, um unnötige Einweg-Plastikartikel zu verbieten. Denn Wegwerfverpackungen für Take-away-Essen oder Plastiktüten werden oft nur einmal und kurzfristig verwendet.
- Auf Basis des Umweltschutzgesetzes, Art. 26 müssen Mikroperlen in Körperpflege- und Kosmetikprodukten verboten werden.
- Das Chemikaliengesetz, die Abfallverordnung und die Verordnung über Getränkeverpackungen sind heranzuziehen, um die Herstellung, Verwendung oder Entsorgung von Kunststoffen einzuschränken. Ausserdem ist längerfristig notwendig, das einst bewährte umfassende Wiederverwendungssystem zu reaktivieren, Reifenabrieb, Mikrofasern und Zigarettenkippen zu begrenzen und den Einsatz von Biokunststoffen und Flüssigpolymeren zu regulieren.

### **Kunststoffe in Lebensmitteln und Verpackungen können krank machen**

Partikel von PET, Polystyrol oder Polyethylen sind nachweislich in Lebensmitteln aus der Schweiz zu finden – z.B. in Äpfeln, Karotten, Salz oder in Bier. Die fraglichen Kunststoffe werden in Gegenständen wie Verpackungen, Flaschen, Rohren und Spielzeug verwendet.<sup>i</sup> Kunststoffe bestehen aus Erdöl und Erdgas. In der Produktion werden Chemikalien beigemischt, etwa hormonaktive Weichmacher wie Phthalate oder toxische Flammschutzmittel aus Brom. Lebensmittelverpackungen enthalten bis zu 12.000 teils toxische Substanzen, manche gehen aus der Verpackung auf die Lebensmittel über. Beim Essen nehmen wir dann einen unsichtbaren Cocktail giftiger Substanzen zu uns. In gewissen Mengen schädigen sie das Nervensystem, bringen den Stoffwechsel durcheinander, können zu Übergewicht und Schilddrüsenerkrankungen führen sowie Diabetes und Unfruchtbarkeit auslösen.

### **Recycling-Mythos – Kunststoff eignet sich nur begrenzt für die Kreislaufwirtschaft**

85-90 % der Kunststoffe in der Schweiz werden bereits nach kurzem Gebrauch verbrannt und nicht recycelt, geschweige denn wiederverwendet. Das unterläuft klar das vom Bund offiziell angestrebte Ziel der Kreislaufwirtschaft und die verstärkte Wiederverwertung. Das Problem: Recycling funktioniert nur für Plastikabfälle, die gesammelt werden können und auch recyclingfähig sind. Jedoch stammt der meiste Kunststoff, der die Umwelt belastet, von Abrieb und Leckagen bei der normalen Nutzung eines Produkts. Vor allem aber: Kunststoff verliert in jedem Recyclingprozess an Qualität (Verunreinigungen, Rückstände etc), es müssen stets neue Rohstoffe beigemischt werden. Selbst im PET-Recycling – dem besten existierenden Verfahren - enthalten PET-Flaschen in Europa im Durchschnitt nur 17 % rPET. Und: Kunststoff ist nicht gleich Kunststoff: Die enorme Anzahl verschiedener Kunststoffe, Zusatzstoffe und unzähliger Kombinationen machen das Recycling in der Praxis oft unmöglich.

---

<sup>i</sup>